

Fakten zur Energiewende

Das Problem

Klar ist: Die Energiewende kostet Geld und wird zumindest mittelfristig Kostenbelastungen mit sich bringen. Viele Entscheidungen werden in einem oft unstrukturierten Prozess von unzähligen Interessensgruppen beeinflusst. McKinsey prophezeit daher eine Kostensteigerung um bis zu 60 Prozent. Allein die Preissteigerungen durch Netzentgelte und EEG-Umlage könnten sich in den nächsten beiden Jahren auf bis zu sechs Cent/kWh summieren. Für einen Vier-Personen Haushalt mit 4000 kWh Stromverbrauch wäre das eine Mehrbelastung von 100 Euro pro Jahr. Auch im Gebäudebereich, auf den rund 40 Prozent des deutschen Endenergieverbrauchs und etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen entfallen, müssen die Grundsteine endlich gelegt werden. Der politische Wille muss gestärkt werden, die Kosteneffizienz der Energiewende zu erhöhen. Ansonsten verliert die Energiewende an Akzeptanz.

Was will die Regierung?

Laut ihrer energiepolitischen Beschlüsse vom Juni vergangenen Jahres will die Bundesregierung:

- bis 2022 alle Kernkraftwerke abschalten,
- bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung von derzeit 20 auf 35 Prozent erhöhen, bis 2050 sogar auf 80 Prozent,
- dafür sorgen, dass der Stromverbrauch bis 2020 um 10 Prozent sinkt,
- bis 2050 den Primärenergiebedarf des Gebäudebestandes auf ein klimaneutrales Niveau reduzieren,
- die EEG-Umlage auf das derzeitige Niveau von 3,5 Cent/kWh begrenzen.

Was bisher geschah:

- Die Energieversorger rechtfertigten ihre Preissteigerungen zu Beginn des Jahres mit der Energiewende, obwohl diese damit nichts zu tun hatten.
- Die Bundesregierung befreite die Industrie zusätzlich von den Netzentgelten. Die entstehenden Kosten (0,151 Cent/kWh) zahlen die Verbraucher.
- Die Kürzung der Solarförderung verzögert sich, das Gesetz steckt im Vermittlungsverfahren von Bundesrat und Bundestag fest.
- Auch die steuerliche Absetzbarkeit von Gebäudesanierungen konnte noch nicht eingeführt werden. Das Gesetz befindet sich ebenfalls im Vermittlungsverfahren.
- Am 30. Mai 2012 legten die vier Übertragungsnetzbetreiber den ersten Entwurf für einen Netzentwicklungsplan zum Ausbau des Übertragungsnetzes vor. Dieser kalkuliert den Finanzbedarf für neue Leitungen bis 2022 auf rund 20 Milliarden Euro.

Was zu tun ist:

Fünf-Punkte-Plan für eine effiziente, gerechte und transparente Energiewende

1. Verbraucher und Bürger für die Energiewende gewinnen

85 Prozent befürworteten einen Umstieg auf Erneuerbare Energien, ideale Voraussetzungen, um die Bürger auf dem Weg der Energiewende mitzunehmen. Doch dafür muss sie in den Städten und Kommunen gelebt werden: durch Partizipation und Diskussion. Verbraucher müssen profitieren können, ohne sich mit unnötigen bürokratischen Hürden herumzuschlagen. Ein Beispiel: Wer heute über eigene Solaranlagen selbst Strom erzeugt, muss Monat für Monat eine Umsatzsteuer-Voranmeldung beim Finanzamt tätigen, selbst wenn der Löwenanteil selbst verbraucht wird.

2. Die Energiewende kosteneffizient gestalten

Die Bundesregierung muss anhand eines „Kassensturzes“ die Höhe und Verteilung von Kosten überprüfen. Bei der Wahl von Maßnahmen und Technik sind Alternativen stärker zu prüfen. Nur ein Beispiel: Weniger Offshore und mehr Windkraft im Süden bedeutet eine geringere EEG-Umlage, weniger Transportbedarf und damit weniger Netzausbau.

3. Anreize für Energieeffizienz im Gebäudebereich setzen

Die geplanten Steuererleichterungen für energetische Sanierungsmaßnahmen sind schnellstmöglich umzusetzen. Ebenso wichtig wie die quantitative Steigerung der Sanierungszahlen ist die Qualität von Gebäudesanierung. Sanierungsmaßnahmen müssen möglichst energie- und kosteneffizient sein. Darüber hinaus sollten die Förderprogramme zum Stromsparen, zum Beispiel der Austausch alter energiefressender Haushaltgeräte ausgebaut und besonders auf einkommensschwache Haushalte zugeschnitten werden.

4. Kosten gerecht verteilen

Den Verbrauchern wird ein Großteil der Kosten per Umlage aufgebürdet, von der die Industrie zugleich befreit wird. Dies führt zu steigenden Strompreisen, von denen Einkommensschwache besonders betroffen sind.

- Vor diesem Hintergrund muss klar zwischen Energie- und Industriepolitik unterschiede werden. Die Befreiungen für die Industrie sind zu überprüfen, das politische Versprechen, die EEG-Umlage bei 3,5 Cent/KWh zu deckeln, muss gehalten werden. Zusätzliche Kosten sind aus dem Bundeshaushalt zu bestreiten.
- Der Hartz IV-Satz muss regelmäßig an die Strompreisentwicklung angepasst werden.
- Um Versorgungssperren zu vermeiden ist der Kreis „schutzbedürftiger Verbraucher“ zu definieren und die Mindestforderung für Sperren gesetzlich anzuheben und zu konkretisieren. Die Versorger müssen ihr Fallmanagement kooperativer gestalten.

5. Transparenz über Kosten und Nutzen herstellen

Die Verbraucher müssen ehrlich über die Gründe von Preissteigerungen informiert werden. Dabei darf die Energiewende nicht als Standardbegründung herhalten. Auch fehlt es an klaren Aussagen, mit welchen Belastungen Verbraucher rechnen müssen.